



Geschäftsführung Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen

Ansprechpartner/in: Frau Simons

Telefon: (0221) 25087

Fax: (0221) 26565

E-Mail: corinna.simons@stadt-koeln.de

Datum: 04.05.2009

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen** in der Wahlperiode 2004/2009 am Montag, dem 27.04.2009, 15:30 Uhr bis 17:15 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

Herr Michael Zimmermann SPD

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Götz Bacher	SPD	(i.V. für Frau dos Santos Herrmann)
Herr Axel Kaske	SPD	(i.V. für Herrn Neubert)
Frau Polina Frebel	SPD	(abwesend bei TOP 15.6)
Herr Stephan Pohl	CDU	(i.V. für Herrn Dr. Schoser)
Frau Margret Dresler-Graf	CDU	
Herr Dr. Ralph Elster	CDU	
Herr Winrich Granitzka	CDU	
Frau Brigitta von Bülow	Grüne	
Herr Andreas Wolter	Grüne	
Herr Dietmar Repgen	FDP	

Mitglieder mit beratender Stimme gem. § 58 Abs. 1 Satz 7-12 GO NRW

Herr Gereon Breuer	proKöln
Herr Jörg Detjen	Die Linke.Köln

Sachkundige Einwohner/innen mit beratender Stimme nach § 58 Abs. 4 GO NRW und § 21 der Hauptsatzung

Herr Axel Hopfau	auf Vorschlag der CDU
Herr Julius Knappertsbusch	auf Vorschlag der CDU
Frau Gonca Mucuk-Edis	auf Vorschlag der SPD
Frau Iris Koppmann	auf Vorschlag der SPD
Herr Franz Hess	auf Vorschlag der Grünen

Sachkundige Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Adelheid Langes Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Verwaltung

Herr Ingo Fleischer
Frau Ursula Herx
Herr Peter Hoven
Herr Stadtdirektor Guido Kahlen
Herr Robert Kilp
Herr Hans-Jürgen Petry
Herr Gero Schmidt

Gleichstellungsbeauftragte

Frau Marita Schwarzer-Görtz

GPR

Herr Ulrich Langner

Schriftführer/in

Frau Corinna Simons

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Martin Schoser	CDU
Herr Michael Neubert	SPD
Frau Susana dos Santos Herrmann	SPD

Sachkundige Einwohner/innen mit beratender Stimme nach § 58 Abs. 4 GO NRW und § 21 der Hauptsatzung

Herr Martin Schmitz auf Vorschlag der FDP

Sachkundige Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Ali Esen
Herr Markus Danuser

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Herr Zimmermann verweist auf folgende Vorschläge zur Ergänzung der Tagesordnung:

I. Öffentlicher Teil

1.1. Girlsday

>> mündlicher Bericht

3.7. Halbjahresbericht des Oberbürgermeisters gemäß § 45 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen für die Zeit vom 01.07.2008 bis 31.12.2008
1533/2009

3.8. Vergabekonzept
1390/2009

3.8.1 Vergabekonzept – ergänzende Mitteilung
1782/2009

>> Tischvorlage

3.9. Sachstandsmitteilung über Vakanzen bei 26 - Gebäudewirtschaft
1600/2009

3.10. Umweltzone, Änderung des Ausnahmenregelung
1592/2009

4.1. Optimierte Dienstleistung - im Bezirk und im modernen Europa
hier: Dienstleistungen des Amtes für Soziales und Senioren
0634/2009

5.1. Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis90/Die Grünen vom 14.04.2009
Maßnahmen zur Frauenförderung im gehobenen und mittleren Dienst
AN/0667/2009

- 5.2. Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20.04.2009
Ausgliederung der Hausmeisterdienste
AN/0713/2009
- 8.2. Durchführung einer städtischen Informationsveranstaltung anlässlich
des Europatages am 09.05.2009 auf dem Roncalliplatz
1551/2009
- 9.6. Vereinbarung mit der Stadt Siegburg zur testweisen Übernahme des
Telefonservices durch das Call-Center der Stadt Köln
1270/2009
- 9.7. Übertragung der hoheitlichen Aufgabe der Unterhaltung und des Aus-
baus der Kölner Bäche

1458/2008
- >> Tischvorlage**
- 9.8. Novellierung der Satzung für das Kommunalunternehmen StEB
0919/2009

II Nichtöffentlicher Teil

- 10.1. Beantwortung einer Anfrage von Herrn Hess vom 16.03.2009
1685/2009
- 11.4. Europawahl 2009 - Beschaffungsvorgänge
1501/2009
- 11.5. Bericht über die Abwicklung von Rechtsstreitigkeiten, zu denen der
Rat, der Finanzausschuss und der Ausschuss Allgemeine Verwaltung
und Recht beteiligt worden sind
1579/2009

- 11.6. Sachstand zur Unterrichtung von Gremien des kassentragenden Mitgliedes Stadt Köln zu den Auswirkungen der globalen Finanzkrise
1519/2009

- 15.5. Abschluss einer Vereinbarung zur testweisen Übernahme des Telefonservices für die Stadt Siegburg durch das Call-Center der Stadt Köln
1275/2009

- 15.6. Anpassung der Höchstentschädigungsgrenze des Feuer-Exponate Versicherungsvertrages
1478/2009

- 15.7. Bedarfsprüfung zum Abschluss eines Rahmenvertrages
3680/2008

- 15.8. Bedarfsprüfung zum Abschluß eines Rahmenvertrages über Dienstleistungen
0451/2009

- 15.9 Einführung eines Kapitalanlagen-Risikomanagements bei der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln (ZVK)
1486/2009

- 15.10 Anmietung einer Kindertageseinrichtung in Köln-Porz
0205/2009

>> Tischvorlage

Auf Vorschlag von Herrn Zimmermann vertagt der AVR die Vorlagen unter TOP 9.3 „Verweis aus dem RPA am 19.03.2009: Überörtliche Prüfung der Stadt Köln in den Jahren 2007 bis 2008 durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW“, sowie 9.7 „Übertragung der hoheitlichen Aufgabe der Unterhaltung und des Ausbaus der Kölner Bäche auf die Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR“ und 9.8 „Novellierung der Satzung für das Kommunalunternehmen Stadtentwässerungsbetriebe Köln, Anstalt des öffentlichen Rechts der Stadt Köln (StEB)“, in die nächste Sitzung.

Der Ausschuss ist mit der Tagesordnung in folgender Fassung einverstanden:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1.1 Girlsday 2009

2 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

2.1 Beantwortung einer Anfrage der FDP-Fraktion vom 16.02.2009
"Raucher-Razzia" in den KölnArcaden
0762/2009

2.1.1 Weitere Unterlage zur Beantwortung einer Anfrage der FDP-Fraktion
vom 16.02.2009 - Einhaltung des Nichtraucherschutzgesetzes NRW
1216/2009

2.2 Beantwortung einer Anfrage von Frau Dresler-Graf vom 02.02.2009
XXL-Tickets
1201/2009

2.3 Beantwortung einer Anfrage von Herrn Wolter vom 16.03.2009
Mobile Verkaufsstände
1304/2009

3 Mitteilungen der Verwaltung

3.1 Haus des Jugendrechts - Immobilie und Kooperationsvereinbarung
0721/2009

3.2 Strafrechtsschutzversicherung
0483/2009

- 3.3 Vereinbarung zwischen Taxi Ruf Köln eG. und Stadt Köln zur Qualitätsverbesserung im Taxigewerbe
1144/2009
- 3.4 Kommunalisierung der Versorgungsverwaltung
hier: Kommunale Verfassungsbeschwerde
1394/2009
- 3.5 EU-Projektantrag Water-Risk
1410/2009
- 3.6 Aktuelle Informationen zum Bleiberecht - März 2009
1412/2009
- 3.7 Halbjahresbericht des Oberbürgermeisters gemäß § 45 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen für die Zeit vom 01.07.2008 bis 31.12.2008
1533/2009
- 3.8 Vergabekonzept
1390/2009
- 3.8.1 Ergänzung der Mitteilung "Vergabekonzept"
1782/2009
- 3.9 Sachstandsmitteilung über Vakanzen bei 26 - Gebäudewirtschaft
1600/2009
- 3.10 Umweltzone, Änderung der Ausnahmenregelung
1592/2009

4 Allgemeine Verwaltungsorganisation

- 4.1 Optimierte Dienstleistung - im Bezirk und im modernen Europa
hier: Dienstleistungen des Amtes für Soziales und Senioren
0634/2009

5 Schriftliche Anfragen

- 5.1. Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis90/Die Grünen vom 14.04.2009
Maßnahmen zur Frauenförderung im gehobenen und mittleren Dienst
AN/0667/2009

- 5.2. Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20.04.2009
Ausgliederung der Hausmeisterdienste
AN/0713/2009

6 Mündliche Anfragen

7 Anträge

8 Platzvergaben

- 8.1 Rudolfplatz
hier: Antrag der Firma ITMS Sports GmbH, Frankfurter Landstr. 15, 61231
Bad Nauheim auf Durchführung einer Informationsveranstaltung am
06.07.2009 auf dem Rudolfplatz
0196/2009

- 8.2 Roncalliplatz
hier: Durchführung einer städtischen Informationsveranstaltung anlässlich
des Europatages am 09.05.2009 auf dem Roncalliplatz
1551/2009

9 Allgemeine Vorlagen

- 9.1 Kooperationsvertrag für den Friedhof Melaten
0710/2009

- 9.2 Änderung der Benutzungs- und Entgeltordnung der Stadtbibliothek Köln
0652/2009
- 9.3 Verweis aus dem RPA am 19.03.2009:
Überörtliche Prüfung der Stadt Köln in den Jahren 2007 bis 2008 durch die
Gemeindeprüfungsanstalt NRW
0258/2009
>> vertagt
- 9.4 Bedarfsfeststellungsbeschluss und Vorbereitung auf das Vergabeverfahren
hier: Erweiterung des existierenden Softwaresystems VIA um den Arbeitsbereich NKF
0884/2009
- 9.5 Einrichtung einer Mehrstelle beim Büro der Behindertenbeauftragten V/3
4935/2008
- 9.6 Vereinbarung mit der Stadt Siegburg zur testweisen Übernahme des Telefonservices durch das Call-Center der Stadt Köln
1270/2009
- 9.7 Übertragung der hoheitlichen Aufgabe der Unterhaltung und des Ausbaus der Kölner Bäche auf die Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR
1458/2008
>> vertagt
- 9.8 Novellierung der Satzung für das Kommunalunternehmen Stadtentwässerungsbetriebe Köln, Anstalt des öffentlichen Rechts der Stadt Köln (StEB)
0919/2009
>> vertagt

II. Nichtöffentlicher Teil

10 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

- 10.1 Stellungnahme der Verwaltung zur Anfrage 6.2 in der Sitzung des AVR am
16.03.2009
1685/2009

11 Mitteilungen der Verwaltung

- 11.1 Korruptionsverdacht in der Kfz-Zulassungsstelle
0077/2009
- 11.2 Sachstandsbericht zur Zentralen Sanktionsstelle beim Zentralen Vergabeamt
0242/2009
- 11.3 Moderationsverfahren Brüsseler Platz
1424/2009
- 11.4 Europawahl 2009 - Beschaffungsvorgänge
1501/2009
- 11.5 Bericht über die Abwicklung von Rechtsstreitigkeiten, zu denen der Rat, der Finanzausschuss und der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Recht beteiligt worden sind
1579/2009
- 11.6 Sachstand zur Unterrichtung von Gremien des kassentragenden Mitgliedes Stadt Köln zu den Auswirkungen der globalen Finanzkrise
1519/2009

12 Schriftliche Anfragen

13 Mündliche Anfragen

14 Anträge

15 Allgemeine Vorlagen

- 15.1 Öffentliche Ausschreibung des Weihnachtsmarktes auf dem Rudolfplatz für die Jahre 2009 bis 2013
1307/2009
- 15.2 Präsentation der Wahlergebnisse 2009 im Historischen Rathaus
1288/2009
- 15.3 Prüfbericht Vergabe von Ausfuhrkennzeichen durch 322 - Kfz - Zulassungsstelle
0745/2009
- 15.4 Prüfbericht Festsetzung der Verwarn- und Bußgelder bei 325 - Bußgeldangelegenheiten
0786/2009
- 15.5 Abschluss einer Vereinbarung zur testweisen Übernahme des Telefonservices für die Stadt Siegburg durch das Call-Center der Stadt Köln
1275/2009
- 15.6 Anpassung der Höchstentschädigungsgrenze des Feuer-Exponate Versicherungsvertrages
1478/2009
- 15.7 Bedarfsprüfung zum Abschluss eines Rahmenvertrages
3680/2008
- 15.8 Bedarfsprüfung zum Abschluss eines Rahmenvertrages über Dienstleistungen
0451/2009
- 15.9 Einführung eines Kapitalanlagen-Risikomanagements bei der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln (ZVK)
1486/2009
- 15.10 Anmietung einer Kindertageseinrichtung in Köln-Porz
0205/2009

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1.1 Girlsday 2009

Frau Schwarzer-Goertz berichtet über den Girlsday 2009 bei der Stadtverwaltung.

Zum 8. Mal habe das Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern den Girlsday für Töchter von städtischen Mitarbeiter/innen und Kölner Schülerinnen organisiert.

Rund 70 Mädchen hätten sich bei der Stadtverwaltung in technischen und handwerklichen Berufen erprobt. Die Nachfrage sei erfreulich groß, das Feedback beeindruckend gewesen. Die Schülerinnen erhielten Einblick in Bereiche der Feuerwehr, des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, der Bühnen, der Hochwasserschutzzentrale und des Amtes für Informationsverarbeitung.

Außerdem habe I/1 in Kooperation mit dem Verein Zonta International Club Köln in diesem Jahr erstmalig eine weitere Veranstaltung durchgeführt. Im Studio Dumont habe für Oberstufen-Schülerinnen eine zweistündige Berufsorientierungshilfe über verschiedene Berufsbilder stattgefunden. Die Leiterin I/1 und 11 Frauen von Zonta stellten ihre Berufsbilder vor und informierten anschließend in persönlichen Einzelgesprächen. Die Veranstaltung wurde von den anwesenden jungen Frauen begeistert angenommen.

Frau Schwarzer-Goertz ergänzt, der Zonta Club Köln sei ein internationaler Zusammenschluss berufstätiger Frauen in leitender oder selbständiger Position. Der Zonta Club Köln zähle 44 Mitgliederinnen.

Herr Dr. Elster fragt nach, warum im Rahmen von Gender Mainstreaming nicht ein Pendant zum Girlsday für männliche Interessierte angeboten werde.

Frau Schwarzer-Goertz weist auf die Erfahrungen der Verwaltung aus der Vergangenheit hin. I/1 habe drei Mal einen „Boysday“ angeboten mit mäßiger Resonanz. Beim ersten Boysday habe es 3 Anmeldungen gegeben, beim zweiten nur noch 2 und nachdem sich beim dritten Boysday niemand mehr angemeldet habe, wurde die Veranstaltung im letzten Jahr eingestellt. Frau Schwarzer-Goertz weist ausdrücklich darauf hin, dass der Boysday auch im Internet beworben wurde und dennoch keine Resonanz zu verzeichnen war.

Herr Zimmermann bedankt sich für die interessante Darstellung.

2 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

2.1 Beantwortung einer Anfrage der FDP-Fraktion vom 16.02.2009 "Raucher-Razzia" in den KölnArcaden 0762/2009

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 1). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

2.1.1 Weitere Unterlage zur Beantwortung einer Anfrage der FDP-Fraktion vom 16.02.2009 Einhaltung des Nichtraucherschutzgesetzes NRW; "Raucher-Razzia" in den KölnArcaden 1216/2009

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 2). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

2.2 Beantwortung einer Anfrage von Frau Dresler-Graf vom 02.02.2009 XXL-Tickets 1201/2009

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 3). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

2.3 Beantwortung einer Anfrage von Herrn Wolter vom 16.03.2009 Mobile Verkaufsstände 1304/2009

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 4). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

3 Mitteilungen der Verwaltung

3.1 Haus des Jugendrechts - Immobilie und Kooperationsvereinbarung 0721/2009

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 5). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Detjen bittet um Erläuterung folgender Fragen zum Passus „Neben einigen organisatorischen Klärungen werden auch die früher gestellten Fragen zum Datenschutz und Berichtswesen in der Kooperationsvereinbarung für das Kölner Haus des Jugendrechts geklärt.“:

1. Über was hat man gestritten?
2. Auf was hat man sich verständigt?

Im Kooperationsvertrag habe er keine Informationen darüber gefunden.

Herr Kahlen erläutert, dass zum Thema Datenschutz eine Abstimmung zwischen allen Beteiligten erreicht wurde, die auch praktiziert werde.

Er sagt einen Bericht für eine der nächsten Sitzungen zu.

3.2 Strafrechtsschutzversicherung 0483/2009

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 6). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

3.3 Vereinbarung zwischen Taxi Ruf Köln eG. und Stadt Köln zur Qualitätsverbesserung im Taxigewerbe 1144/2009

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 7). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Repken weist darauf hin, dass die in Anlage 1 in der letzten Spalte unter Buchstabe a) zu findende Notierung „erledigt“ unkorrekt und damit verwirrend sei. Auf seine Nachfrage, ob die Verwaltung einen Trend erkennen könne, ob die Zielvereinbarung einzuhalten sei, sagt Herr Kilp eine Mitteilung über entsprechende Zahlen mit Stand 01.05.2009 für die nächste Sitzung zu.

Herr Wolter stellt fest, dass eines der vereinbarten Ziele (Stichwort Servicetaxi) offensichtlich nicht funktioniert. Auf seine Nachfrage, mit welchem Nachdruck die Verwaltung noch mal mit dem Vertragspartner ins Gespräch gehen kann, erläutert Herr Kilp, es gäbe keine direkte rechtliche Möglichkeit, etwas zu tun. Allerdings habe die Verwaltung Ermessensspielraum, um Anpassungen vorzunehmen, die dann dem Ausschuss vorzuschlagen seien. Er versichert allerdings auch, der Taxi Ruf sei sich seiner Aufgaben sehr bewusst.

3.4 Kommunalisierung der Versorgungsverwaltung hier: Kommunale Verfassungsbeschwerde 1394/2009

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 8). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Zimmermann bemerkt, man könne nur hoffen, dass diese Beschwerde Erfolg habe, denn es gehe immerhin um einen Betrag von jährlich 1,2 Mio. Euro, der durch eine Entscheidung der Landesregierung der Stadt Köln aufgebürdet würde.

**3.5 EU-Projektantrag Water-Risk
1410/2009**

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 9). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**3.6 Aktuelle Informationen zum Bleiberecht - März 2009
1412/2009**

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 10). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Detjen weist darauf hin, dass die hier diskutierte Regelung zum Ende dieses Jahres ausläuft. Er sieht dringenden Beratungsbedarf in der kommenden Sitzung des AVR.

Herr Kilp berichtet über ein Xenox-Netzwerk, an dem verschiedene Organisationen, beispielsweise die ARGE und die Ausländerbehörden usw. beteiligt seien. Hier finde am 28.04.2009 ein Zusammentreffen statt, u. a. zum Thema Arbeit und Bleiberecht.

Herr Kilp sagt eine Mitteilung über das Ergebnis dieses Zusammentreffens für die nächste Sitzung zu.

**3.7 Halbjahresbericht des Oberbürgermeisters gemäß § 45 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen für die Zeit vom 01.07.2008 bis 31.12.2008
1533/2009**

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 11). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Wolter kritisiert zum Thema „Rahmen für die Straßenkunst“, Änderungen befänden sich immer noch in Vorbereitung und ein entsprechender Entwurf in der Abstimmung. Er bittet um eine Vorlage hierzu in der nächsten Sitzung, um das Thema noch in dieser Wahlperiode abzuschließen.

Die Verwaltung nimmt diese Bitte zur Kenntnis.

3.8 Vergabekonzept 1390/2009

3.8.1 Ergänzung der Mitteilung "Vergabekonzept" 1782/2009

Die Unterlagen wurden zur Sitzung verteilt (Anlage 12). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Auf Nachfrage von Frau von Bülow erläutert Herr Kahlen das Erfordernis einer Ausnahmeregelung für die Abstandsfristen zwischen zwei Veranstaltungen (Sperrfrist 18 Tage) gem. Vergabekonzept für Veranstaltungen auf zentralen Plätzen der Kölner Innenstadt vom 03.12.2008. Aufgrund unaufschiebbarer Bauarbeiten (Grundsanie- rung der Abwasserkanäle) und parallel stattfindender Veranstaltungen komme es zu einer Kollision der beiden Veranstaltungstermine Kölner Domspiel (09.09. – 10.09.2009) und Konzert BAP (11.09. – 12.09.2009). Es sei zu vermeiden, während der o. g. Bauarbeiten Veranstaltungen stattfinden zu lassen, weil das Zurücksetzen einer Baustelle enorme Zeit- und Kostenaufwände bedeuten würde. Am 29.04.2009 finde hierzu eine Anliegeranhörung statt, um einen Konsens bzgl. der Unterschrei- tung der 18 Tage Sperrfrist zu erreichen. Der Ausschuss werde nach der Anhörung schnellstmöglich über deren Ergebnis informiert. Dem AVR werde außerdem spätes- tens zu den Fraktionssitzungen eine DE vorgelegt.

Herr Zimmermann begrüßt die geplante Zusammenlegung beider Veranstaltungen zu einer großen, attraktiven Veranstaltung. Das Einverständnis der Anwohner vor- ausgesetzt, sei die geplante Lösung sehr kreativ und positiv.

Herr Granitzka begrüßt die vorgeschlagene Kompromisslösung, es sei gut und rich- tig, die Bürger hierzu anzuhören und ggf. eine Ausnahme zu machen.

Auf Anmerkung von Herrn Detjen führt Herr Kahlen aus, Veranstaltungen der Partei- en und auch Demonstrationen nach dem Versammlungsrecht seien von den Rege- lungen im Platzkonzept nicht betroffen.

3.9 Sachstandsmitteilung über Vakanzen bei 26 - Gebäudewirtschaft 1600/2009

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 13). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Zimmermann kritisiert, die von der Politik bereit gestellten 92,5 Stellen seien zu über 50% nicht besetzt. Auf seine Nachfrage, wann mit einer Vollbesetzung zu rech- nen sei, erläutert Herr Kahlen, bei der Gebäudewirtschaft handele es sich um eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung. Hier gäbe es, wie bei allen Eigenbetrieben, eine eigene Struktur einschließlich u. a. besonderer Zuständigkeiten bei Finanzangele- genheiten und in der Personalwirtschaft. Die GW sei also kein klassisches Amt und es gäbe für das Personalbewirtschaftungsverfahren eigene Ressourcen. Die Frage nach den Möglichkeiten einer Vollbesetzung sei eigentlich an den Eigenbetrieb zu richten. Da die Leitung der zuständigen Abteilung bedauerlicherweise gesundheitlich

so sehr beeinträchtigt sei, dass zurzeit ein Auswahlverfahren zur Nachbesetzung stattfindet, hat Frau Stephanie Brimmer die Leitung der Abteilung 260 vorübergehend kommissarisch übernommen.

Frau Brimmer bemerkt, die personalwirtschaftliche Situation sei in der Tat Besorgnis erregend, die Verwaltung arbeite intensiv daran, dies zu verändern. Die Gebäudewirtschaft bemühe sich gemeinsam mit dem Personalamt und dem Dezernat VI darum, vakante Stellen zu besetzen. Frau Brimmer führt aus, dieses Verfahren gestalte sich aufgrund verschiedener Einflussfaktoren als schwierig:

- Die Einführung des TVöD bzw. die Veränderung der Bezahlungsstruktur für Fachpersonal habe zum Teil negative Entwicklungen verursacht (Verschlechterung in den Gehaltsmöglichkeiten)
- Der Nachwuchs- bzw. Fachkräftemangel, vor allem auch im Ingenieurbereich (bundesweit fehlen zwischen 40.000 und 60.000 Ingenieure)
- Eine hohe innerstädtische Personalabwanderung bei der Gebäudewirtschaft und der gleichzeitige Anstieg des Bauvolumens
- Die Maßgabe aus dem Konjunkturpaket 2 der Bundesregierung, die zur Verfügung gestellten Gelder nicht für den Personaleinsatz auszugeben
- Die Problematik von Kündigungsfristen (z. T. von 6 Monaten) bei neu gewonnenem Personal
- Zusätzliche Belastung innerhalb der Gebäudewirtschaft und die daraus resultierende erhöhte Krankheitsquote

Frau Brimmer wiederholt, die Gebäudewirtschaft arbeite intensiv an der Beseitigung der enormen Vakanzen. Die GW bekäme im kommenden Monat eine zusätzliche Kraft, um verstärkt Personalakquise zu betreiben und ggf. auch unkonventionelle Maßnahmen zu ergreifen, wie die Zusammenarbeit mit Zeitarbeitsfirmen. Allerdings habe sich bereits in Sondierungsgesprächen im Vorfeld herausgestellt, dass voraussichtlich auch über Zeitarbeitsfirmen Fachkräfte für die Stadt Köln teurer seien.

Frau Brimmer kündigt aufgrund der Komplexität der Situation eine Stellungnahme für die nächste Sitzung an.

Herr Zimmermann ergänzt, die Politik habe frühzeitig das Problem erkannt, darauf aufmerksam gemacht und im Stellenplan ausreichend Stellen aufgenommen. Die Verwaltung müsse nun andere, vielleicht unkonventionelle Lösungen finden und anbieten.

Herr Zimmermann bittet um eine ausführliche Darstellung des Sachstandes und der weiteren Vorgehensweise. Er schlägt vor, dass Herr Rummel oder der Erste Werkleiter, Herr Beigeordneter Streitberger, für den Betriebsausschuss der Gebäudewirtschaft und für den nächsten AVR einen Vortrag vorbereiten.

Er sehe sonst schwarz für die Umsetzung des Konjunkturprogramms, denn bereits der normale Betrieb (z. B. Schulsanierung) stocke aufgrund dieser Problematik.

Herr Detjen bedankt sich für die ausführliche Darstellung von Frau Brimmer. Er weist darauf hin, Frau Brimmer habe ja bereits von unkonventionellen Maßnahmen gesprochen und arbeite bereits an einem Bericht. Er schlägt vor, dies mit einer Einladung an Herrn Streitberger zu verbinden.

Herr Dr. Elster fügt hinzu, diese Problematik sei ebenfalls im Bereich der Informationstechnik zu finden. Lösungen sollten dann auch in dem Bereich greifen.

Herr Wolter regt an, die Möglichkeit der partiellen oder zeitlich begrenzten Auftragsvergabe an Externe zu überprüfen. Frau Brimmer gibt zu bedenken, dass die freie Kapazität, die durch die Übertragung von Projekten an Externe entstehe, nie 100% sein könne. Durch Betreuungs- und Begleitungsaufwand, sei die eigene Kapazität immer noch zu 50 bis 80% am extern vergebenen Projekt gebunden.

Auf Rückfrage von Herrn Knappertsbusch berichtet Herr Kahlen über Erfahrungen aus der Vergangenheit mit dem Instrument der Veränderung des Aufgabenprofils bei der Personalgewinnung. Im Ergebnis könne nicht abgeschätzt werden, für welche Berufsbilder in der Folge eine Anhebung vorzunehmen sei. Aus diesem Grunde gäbe es ohnehin die interne Regelung, den TVöD grundsätzlich auszureizen und in allen Bandbreiten auszuschöpfen bis hin zur Frage von Ausnahmen, die ggf. einer Genehmigung bedürfen.

Herr Kahlen bedankt sich bei Herrn Dr. Elster für den Hinweis auf den Bereich der Informationstechnik. Hier käme eine große Problematik auf die öffentliche Verwaltung zu, weil der Bund mittlerweile mit Zulagen von 1000 Euro operiere.

Die Verwaltung habe bisher den Weg über eine qualifizierte Ausbildung gewählt und habe z. B. durch die Möglichkeit des Doppelstudiums versucht, Fachleute an sich zu binden. Herr Kahlen bedankt sich ausdrücklich in diesem Zusammenhang bei den Ausschussmitgliedern für die in den letzten Jahren im IT-Bereich ganz besonderen Ausbildungsmöglichkeiten, die durch den AVR zur Verfügung gestellt wurden, nicht zuletzt durch deutliche Budgeterhöhungen.

Herr Zimmermann bittet abschließend, dass für die kommende Sitzung eine Basis für eine Lösungsfindung und tiefere Diskussion geliefert werde.

3.10 Umweltzone, Änderung der Ausnahmenregelung 1592/2009

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 14). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

4 Allgemeine Verwaltungsorganisation

4.1 Optimierte Dienstleistung - im Bezirk und im modernen Europa hier: Dienstleistungen des Amtes für Soziales und Senioren 0634/2009

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 15). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Zimmermann bedankt sich für den Fortschritt im Teilbereich Dienstleistungen des Amtes für Sozialen und Senioren. Er begrüßt die Einrichtung des festen Ansprechpartners in jedem Stadtbezirk und das umfassende Vor-Ort-Angebot.

5 Schriftliche Anfragen

5.1 Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis90/Die Grünen vom 14.04.2009 Maßnahmen zur Frauenförderung im gehobenen und mittleren Dienst AN/0667/2009

Herr Zimmermann schlägt vor, eine Diskussion in die Sitzung zu vertagen, in der auch die Beantwortung vorliege. Der Ausschuss ist einverstanden.

5.2 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20.04.2009 Ausgliederung der Hausmeisterdienste AN/0713/2009

Herr Zimmermann schlägt vor, eine Diskussion in die Sitzung zu vertagen, in der auch die Beantwortung vorliege. Der Ausschuss ist einverstanden.

Auf Bitte von Frau von Bülow sagt die Verwaltung eine schriftliche Beantwortung für eine der nächsten Sitzungen zu.

6 Mündliche Anfragen

6.1 Anfrage von Herrn Hopfauf Tonbandaufnahmen im AVR

Auf Nachfrage von Herrn Hopfauf erläutert Herr Kahlen, eine Aufzeichnung von Ausschuss-Sitzungen sei jahrelange Praxis. Er sei davon ausgegangen, dass erforderliche Beschlüsse zu Beginn einer Wahlperiode gefasst worden seien. Mittlerweile habe er die Information erhalten, dass aufgrund jahrzehntelanger Praxis möglicherweise auf diesen Beschluss verzichtet worden sei.

Herr Kahlen weist ergänzend darauf hin, bei der Diskussion, auf die Herr Hopfauf anspiele, habe es sich nicht um eine Ausschuss-Sitzung gehandelt, sondern um die Sitzung des Koordinierungsstabes zum tragischen Unglück vom 03.03.2009 am Waidmarkt.

Herrn Hopfauf kritisiert daraufhin, strafrechtlich könne man hier keinen Unterschied zwischen beiden Sachverhalten machen.

Herr Kahlen verweist auf eine gemeinsame Erklärung des Stadtvorstandes, in der der Vorwurf der Illoyalität nicht mehr aufrechterhalten worden sei. Er betont, alle Dezernentinnen und Dezernenten seien sich einig, weiterhin eine unverändert zielgerichtete, effiziente und konstruktive Zusammenarbeit mit dem Herrn Oberbürgermeister im Stadtvorstand zu führen.

Herr Granitzka regt an, der Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen solle sich um eine Grundsatzregelung für alle Ausschüsse bemühen.

Herr Zimmermann fasst abschließend zusammen, die Verwaltung werde den generellen Umgang mit Tonbandgeräten in Ausschuss-Sitzungen für die Zukunft verbindlich regeln. Er regt an, diese verbindliche Regelung zu Beginn einer Wahlperiode zu beschließen.

6.2 Anfrage von Herrn Detjen Digitaler Pressespiegel

Herr Detjen lobt die Verwaltung für die Einrichtung des Pressespiegels, allerdings solle die bisherige Praxis des Downloads vom städtischen Server überdacht werden. Außerdem sei es weder praktikabel noch wirtschaftlich, für jeden einzelnen Artikel eine eigene Seite zu nutzen.

Herr Zimmermann begrüßt die bisherige Umsetzung und betont, die Verwaltung sei hier auf dem richtigen Wege.

Herr Kahlen dankt Herrn Detjen für seine Anregungen. Er betont, der Pressespiegel befinde sich noch in einer Testphase. Grundsätzlich habe das Redaktionsteam großes Interesse an den Wünschen und Anregungen aller Nutzerinnen und Nutzer, eine Umsetzung dieser müsse allerdings im wirtschaftlich Machbaren bleiben. Herr Kahlen sagt eine Stellungnahme der Verwaltung für eine der nächsten Sitzungen zu.

Herr Timmer weist darauf hin, in dieser Testphase passe man das eingekaufte System erst einmal auf städtische IT-Verhältnisse an. Er bittet um Zusendung aller Anregungen und Verbesserungsvorschläge an das extra für den Pressespiegel eingerichtete Redaktionsteam und betont, dieses Team habe die Aufgabe, alle Anmerkungen zu sammeln und ggf. diese gemeinsam mit der Herstellerfirma umzusetzen.

7 Anträge

8 Platzvergaben

8.1 Rudolfplatz

**hier: Antrag der Firma ITMS Sports GmbH, Frankfurter Landstr. 15, 61231 Bad Nauheim auf Durchführung einer Informationsveranstaltung am 06.07.2009 auf dem Rudolfplatz
0196/2009**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, der Firma ITMS Sports GmbH, Frankfurter Landstr. 15, 61231 Bad Nauheim den Rudolfplatz am 06.07.2009 zur Durchführung einer Informationsveranstaltung (inklusive Auf- und Abbauzeiten) zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

8.2 Roncalliplatz

**hier: Durchführung einer städtischen Informationsveranstaltung anlässlich des Europatages am 09.05.2009 auf dem Roncalliplatz
1551/2009**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Roncalliplatz am 09.05.2009 zur Durchführung einer städtischen Informationsveranstaltung anlässlich des an diesem Tage europaweit stattfindenden Europatages zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

9 Allgemeine Vorlagen

9.1 Kooperationsvertrag für den Friedhof Melaten 0710/2009

Auf Bitte von Herrn Granitzka erläutert Herr Eppenich Ziele und Kernpunkte des Kooperationsvertrages:

- Gebührensenkung von bis zu 10%
- Werbung von Gewerbetreibenden aus dem Friedhofsgewerbe
- Senkung der Gesamtkosten
- Steigerung der Attraktivität Kölner Friedhöfe
- Erhaltung Kölner Friedhofskultur
- Entgegenwirkung gegen Wertewandel und Verwahrlosung
- Herstellung eines gepflegten Gesamteindrucks von Grabanlagen
- Regelungen von Abstimmungsnotwendigkeiten bei der Gestaltung

- Abrechnungsmodalitäten
- Regelung zu Nutzungsrechte – Verleihung im Zusammenhang mit Belegung

Herr Wolter signalisiert für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Zustimmung zur Beschlussvorlage. Auf seine Nachfrage bestätigt Herr Cremer die Beteiligung des Vergabeamtes. Herr Wolter äußert eine Unklarheit zu Pkt. 9.4 im Vertrag und einer entsprechenden Vereinbarung im Zusammenhang mit einer Insolvenz des Vertragspartners.

Herr Detjen macht darauf aufmerksam, dass die Bezirksvertretung Lindenthal das Kooperationsgrabfeld auf dem Friedhof Melaten abgelehnt habe. Außerdem äußert er Verwunderung über die unter Pkt. 4 im Kooperationsvertrag notierte Pflegekostenpauschale von 3.250 Euro.

Herr Bacher lobt die Vorlage als gelungenes Instrument zum Entgegenwirken der allgemeinen Bestattungsrückgänge. Die Friedhofssatzung, die die Kooperationsgrabfelder beinhalte, ermögliche eine Gebührensenkung und –stabilität, die im Sinne der Bürgerinnen und Bürger sei. Man sei damit in der Lage, den Kölnerinnen und Kölnern Angebote auf freiwilliger Basis zu unterbreiten, um die Kölner Friedhöfe wieder attraktiver zu machen. Man schließe sich mit dem Kooperationsvertrag einer Umsetzung an, die bereits in anderen Städten erfolgreich sei, außerdem folge man mit diesem Instrument dem Positionspapier des Deutschen Städtetages.

Herr Detjen schlägt vor, den Beschluss dahingehend zu ändern, dass der letzte Satz gestrichen wird und stattdessen die Formulierung „Ansonsten gelten die Festlegungen des Ratsbeschlusses vom 18.12.2008“ aufzunehmen.

Herr Zimmermann bittet um Abstimmung über den Änderungsantrag von Herrn Detjen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig abgelehnt

Herr Zimmermann bittet um Abstimmung über die Verwaltungsvorlage:

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen stimmt dem Kooperationsvertrag mit der Genossenschaft Kölner Friedhofsgärtner eG zu. Weitere Kooperationsverträge bedürfen einer Zustimmung durch den Ausschuss nicht, sofern sie einen vergleichbaren Vertragsinhalt haben.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig zugestimmt

**9.2 Änderung der Benutzungs- und Entgeltordnung der Stadtbibliothek Köln
0652/2009**

Der AVR empfiehlt dem Ausschuss für Kunst und Kultur/Museumsneubauten, um Missverständnissen vorzubeugen, folgenden Satz in die Benutzungs- und Entgeltordnung für die Stadtbibliothek Köln hinzu zu fügen:

Für die Präsenznutzung der Stadtbibliothek Köln wird kein Entgelt erhoben.

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussentwurfes:

Der Rat beschließt, § 2 Benutzerkreis, Anmeldung, Benutzerausweis, Entgelte / Abs. 5 der Benutzungs- und Entgeltordnung für die Stadtbibliothek Köln wie folgt zu ändern:

Folgender Satz entfällt:

Das Entgelt für eine Tageskarte zur Präsenznutzung der Stadtbibliothek ohne Ausleihberechtigung beträgt 1,50 EUR.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**9.3 Verweis aus dem RPA am 19.03.2009:
Überörtliche Prüfung der Stadt Köln in den Jahren 2007 bis 2008
durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW
0258/2009**

Beschluss:

Die Beschlussfassung wurde in die nächste Sitzung vertagt.

**9.4 Bedarfsfeststellungsbeschluss und Vorbereitung auf das Vergabeverfahren
hier: Erweiterung des existierenden Softwaresystems VIA um den Arbeitsbereich NKF
0884/2009**

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen stellt den Bedarf für die Erweiterung des existierenden Softwaresystems VIA um den Arbeitsbereich NKF fest und beauftragt die Verwaltung, das entsprechende Vergabeverfahren einzuleiten.

Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**9.5 Einrichtung einer Mehrstelle beim Büro der Behindertenbeauftragten
V/3
4935/2008**

Herr Zimmermann erinnert an den der Vorlage vorangegangenen Vortrag von Frau Reinecke in einer der letzten Sitzungen und weist auf den der Vorlage als Anlage beigefügten Bericht hin, aus dem hervor ginge welche beeindruckende Leistung von der Behindertenbeauftragten erbracht wurde und wie groß der Bedarf in diesem Bereich sei. Herr Zimmermann begrüßt die Vorlage zur Einrichtung einer Mehrstelle im Büro der Behindertenbeauftragten ausdrücklich und wünscht Frau Reinecke eine erfolgreiche Fortsetzung ihrer Arbeit.

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlusssentwurfes:

Der Rat der Stadt beschließt die Einrichtung einer Mehrstelle Verwaltungsangestellte/r EG 12 (VGr. III/II Fg. 1a/1e) bzw. BGr. A 12 BBO im Büro der Behindertenbeauftragten zum Stellenplan 2010 für die schwerpunktmäßige Projektbetreuung der Themenbereiche „Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderung“ und „barrierefreier Tourismus“, sowie für die Ausschreibung des Kölner Innovationspreises Behindertenpolitik. Die kurzfristige Besetzung der Stelle erfolgt unter der Maßgabe der Bereitstellung einer (haushaltsneutralen) verwaltungsinternen Kompensation.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**9.6 Vereinbarung mit der Stadt Siegburg zur testweisen Übernahme des
Telefonservices durch das Call-Center der Stadt Köln
1270/2009**

Herr Zimmermann begrüßt die testweise Übernahme des Telefonservices für die Stadt Siegburg durch das Call-Center der Stadt Köln, nachdem in der Vergangenheit bereits die Übernahme des Telefonservices für die Städte Bonn und Leverkusen durch das Call-Center der Stadt Köln erfolgreich war. Herr Granitzka regt an, dass Herr Stadtdirektor Kahlen sich um eine Beteiligung der Stadt Düsseldorf bemühen solle. Herr Kahlen erinnert daran, dass Düsseldorf bereits vor mehreren Jahren vor der Einrichtung eines Call-Centers stand und der damalige Oberbürgermeister Erwin die Stadt Köln damals als möglichen Partner abgelehnt habe. Herr Stadtdirektor Kahlen weist außerdem darauf hin, dass Düsseldorf zwischenzeitlich mit einem eigenen Call-Center ausgestattet und auch Partner in der Modellregion bei D 115 sei.

Herr Zimmermann bittet um Abstimmung.

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlusssentwurfes:

Der Rat stimmt der Vereinbarung mit der Stadt Siegburg zur testweisen Übernahme des Telefonservices durch das Call-Center der Stadt Köln zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**9.7 Übertragung der hoheitlichen Aufgabe der Unterhaltung und des Ausbaus der Kölner Bäche auf die Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR
1458/2008**

Beschluss:

Die Beschlussfassung wurde in die nächste Sitzung vertagt.

**9.8 Novellierung der Satzung für das Kommunalunternehmen Stadtentwässerungsbetriebe Köln, Anstalt des öffentlichen Rechts der Stadt Köln (StEB)
0919/2009**

Beschluss:

Die Beschlussfassung wurde in die nächste Sitzung vertagt.

Zimmermann
Vorsitzender

Simons
Schriftführerin